

# Bonn geht es gut

## Neue Studie zur wirtschaftlichen Lage der ehemaligen Hauptstadt heizt den Streit um den kompletten Umzug der Regierung nach Berlin an

Von Guido Bohsem

**Berlin** – Es gibt Themen, über die streitet das bundespolitische Berlin schon seit Jahren, und zwar immer wieder und meist ohne Ergebnis. Einer dieser Klassiker ist die Verteilung der Regierung auf die Standorte Berlin und Bonn. Seit dem Umzugsbeschluss 1991 sprechen die Befürworter von einem gerechten Ausgleich für den Verlust der Hauptstadt-Würde. Die Kritiker hingegen vermuten einen schlimmen Fall von Geldverschwendung. Jetzt hat ein Bericht des Innenministeriums die Debatte neu belebt. Das Ressort stellt darin fest: Bonn ist nicht schlecht gefahren. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Entwicklung von Stadt und Region sei nachhaltig gestärkt worden. Und weil die Debatte so festgefahren ist, freuten sich die Bonner nicht etwa. Nein, sie protestierten gegen die allzu positive Bewertung.

Es spricht viel dafür, dass der Streit noch Jahre anhalten wird. Zu festgefahren sind die Positionen, zu viel politisches Kapital steht auf dem Spiel, zu viele Menschen sind betroffen. Denn noch immer arbeiten am Rhein mehr Menschen für die Regierung als an der Spree. 9148 Mitarbeiter waren 2006 noch in Bonn beschäftigt – in Berlin nur 8726. Und noch immer gibt es im Bundestag eine starke Lobby, die einen Gesamtumzug verhindert. Die Bonn-Befürworter sitzen an den Schlüsselstellen in ihren Fraktionen. So kommen etwa die parlamentarischen Geschäftsführer der Union und der Grünen, Norbert Röttgen und Volker Beck, aus dem Rhein-Sieg-Kreis und aus Köln. Der Partei- und Fraktionschef der FDP, Guido Westerwelle, hat seinen Wahlkreis in Bonn. Direkt gewählter Abgeordneter der Bundesstadt ist der stellvertretende SPD-Fraktionschef Ulrich Kelber. Doch auch die Gegenspieler sind zahl- und einflussreich. Im Parlament sind vor allem die Haushaltspolitiker des Bundestages, die sich an der dauerhaften Teilung der Regierung stören. Vor allem, weil sie zu viel Geld kostet.

Alle paar Monate fordern sie einen neuen Bericht über den Stand des Umzuges an – etwa über die Kosten der Dienstreisen zwischen Bonn und Berlin, oder die Effizienz der Zusammenarbeit oder um eine Übersicht, wie viele Mitarbeiter des

Bundes eigentlich wo arbeiten. Unterstützung finden sie von Abgeordneten aus dem Norden oder dem Osten Deutschlands. Man kann sagen, je weiter der Wahlkreis von Bonn entfernt ist, desto größer ist die Sympathie dafür, auch den Rest der Regierung nach Berlin zu holen. Auch in den Ländern gibt es Befürworter eines Gesamtumzugs. So haben etwa Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) und der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) jüngst Zweifel an der Bonner Lösung geäußert.

Angesichts dieser Lage verwundert es nicht, dass Bonn-Befürworter und -Gegner den Bericht des Innenministeriums völlig unterschiedlich interpretieren: Kelber etwa verweist darauf, dass Bonn durch den Umzug insgesamt etwa 23 900 Arbeitsplätze verloren, aber nur 18 040 Jobs gewonnen habe: „Übrig blieben also fast 6000 Stellen, die weder durch eine Verlagerung von Behörden noch durch Ausgleichsmittel kompensiert wurden.“

Die Haushälter hingegen verwiesen darauf, dass in der Bonner Region zwischen 1996 und 2006 rund 49 400 zusätzliche Jobs entstanden seien. Das ist ein Plus von 11,6 Prozent. Zum Vergleich: Deutschlandweit ist die Zahl der Beschäftigten im selben Zeitraum nur um 4,2 Prozent angestiegen. So fasst der haushaltspolitische Sprecher der Union, Steffen Kampeter (CDU) zusammen: „Bonn geht es gut. Es zählt zu den Gewinnern der Wiedervereinigung. Darauf können alle, die daran mitgewirkt haben, stolz sein.“ Eine Bemerkung, die man auch ironisch verstehen kann. Unterschiedlich bewerten kann man auch die knapp 1,5 Milliarden Euro, die Bonn und die Region zwischen 1995 und 2004 als Ausgleichszahlungen für den Umzug erhalten haben. So sagt etwa Kelber dazu: „Das sind pro Einwohner gerade einmal 1000 Euro. Diesen Betrag bekommen die Ostdeutschen alle eineinhalb Monate.“

Immerhin: Es gibt erste Anzeichen dafür, dass die Spaltung der Regierung nicht von Dauer sein wird. Mehrere Ressorts bereiten ihre Wiedervereinigung in Berlin vor. Die geplanten Neubauten des Innen- und des Familienministeriums etwa sehen ausreichend Arbeitsplätze vor, um die noch in Bonn verbliebenen Beamten unterzubringen.